

„Das hätte katastrophale Auswirkungen“

KPWT-Vorstand Hans-Peter Scharl im Interview über Folgen möglicher Steuererhöhungen für Ostbayerns Betriebe

Passau. Nach dem Scheitern der schwarz-grünen Sondierungsgespräche wird es immer wahrscheinlicher, dass die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland künftig von einer Großen Koalition gelenkt werden. Offen ist dabei weiterhin, ob es zu Steuererhöhungen kommen wird. Die SPD war mit der Ankündigung in den Wahlkampf gezogen, den Spitzensteuersatz erhöhen, die Vermögensteuer wieder einführen und Begünstigungen bei der Erbschaftsteuer streichen zu wollen. Prof. Dr. Hans-Peter Scharl, Partner bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPWT Passau, erklärt im PNP-Interview, wie sich mögliche Steuererhöhungen auf niederbayerische Betriebe auswirken könnten.

Herr Scharl, im jüngsten PNP-Konjunkturbarometer für Ostbayern gab jedes Dritte der befragten Unternehmen an, man gehe in der neuen Legislaturperiode von schlechteren Rahmenbedingungen für den eigenen Betrieb aus. Ist die Befürchtung berechtigt?

Hans-Peter Scharl: Durchaus. Weder die Union noch die SPD – wenn man nach aktuellem Stand von einer Großen Koalition ausgeht – spricht sich für Steuersenkungen aus. Es geht nur um die Fragen: Gibt es Steuererhöhungen oder nicht? Und falls ja: In welchen Bereichen? Neben den Steuererhöhungen gibt es außerdem noch weitere Rahmenbedingungen, die für die Unternehmen sehr wichtig sind. Zum Beispiel in der Energiepolitik oder das Thema Mindestlohn. Auch hier kann es tendenziell größere Belastungen geben.



Dramatische Folgen hätte laut Prof. Dr. Hans-Peter Scharl, Partner bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPWT Passau, der mögliche Wegfall von Begünstigungen für Firmenerben im Rahmen der Erbschaftsteuer: Für viele der familiengeführten Betriebe in Ostbayern könne dies schwerwiegende Folgen für die Unternehmensnachfolge haben. – Foto: Fleischmann

Wiedereinführung der Vermögensteuer, höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer und Wegfall der Begünstigungen für Firmenerben bei der Erbschaftsteuer – wie würden sich die von der SPD angestrebten Steuererhöhungen auf die Unternehmen auswirken?

Scharl: Das ist schwierig zu sa-

gen, weil es ja immer darauf ankommt, in welchem Umfang und an welchen Punkten sich etwas ändert. Am Dramatischsten fände ich es, wenn es bei den existierenden Begünstigungen im Rahmen der Erbschaftsteuer zu spürbaren Verschlechterungen käme. Das hätte katastrophale Auswirkungen auf Unternehmensnachfolgen. Die Liquidität,

die im Unternehmen gebunden ist, wird unter anderem ja auch als Eigenanteil für Investitionen benötigt. Eine Vermögensteuer wäre als Substanzsteuer natürlich auch problematisch, weil eine Steuer anfällt, egal ob das Unternehmen Gewinn oder Verlust macht. Für mehr Steuergerechtigkeit sorgt das sicher nicht. Eine Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer wäre wohl das am ehesten Erträgliche – wobei das natürlich bei den Personenunternehmen zu echten Belastungen führen würde. Von den Gewinnen bliebe dann einfach weniger übrig. Auch so würde Kapital für Investitionen verloren gehen. Jede Erhöhung ist eine Belastung der Wirtschaft.

Sie sprechen von „katastrophalen Auswirkungen auf Unternehmensnachfolgen“ durch mögliche Änderungen bei der Erbschaftsteuer. Gerade in Ostbayern gibt es ja eine Vielzahl familiengeführter Unternehmen...

Scharl: Wenn an den bestehenden Begünstigungen gerüttelt würde, gäbe es einen Aufschrei. Mancher Firmeninhaber könnte dann möglicherweise überlegen: „Bevor ich meinen Kindern nur Probleme hinterlasse, verkaufe ich lieber an eine Heuschrecke.“ Dazu kommt, dass der zusätzliche Steuerertrag, der durch die Änderungen bei der Erbschaftsteuer erreicht werden könnte, mit Blick auf den gesamten Topf nur Peanuts ausmachen dürfte. Substanziell würde also kein großes Aufkommen erzeugt. Aber die Unternehmen trifft das extrem. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre das unter dem Strich mehr als ungeschickt.

Könnte es passieren, dass durch Steuererhöhungen künftig weniger neue Arbeitsplätze geschaffen werden?

Scharl: Da kann man nur spekulieren. Tatsache ist, dass man als Unternehmer dann Arbeitsplätze schafft, wenn man zukunftsorientiert in attraktive Märkte investiert. Da interessiert den Unternehmer die steuerliche Belastung nur als Rahmenbedingung. Ich sehe das aber als Behinderung, nachhaltig würden tendenziell wohl eher weniger neue Jobs geschaffen.

Abgesehen von Steuererhöhungen – sehen Sie Reformbedarf in unserem Steuersystem?

Scharl: Es gibt riesigen Reformbedarf. Stichwort: Vereinfachung des Steuerrechts. Wenn man Realist ist, ist die vielzitierte Steuererklärung auf dem Bierdeckel zwar eine Utopie, dafür ist das Leben viel zu kompliziert. Eine Vereinfachung ist allerdings durch die Abschaffung einzelner Steuerarten möglich, wie bei der Vermögensteuer geschehen. Auch bei der Vielzahl von Ausnahmeregelungen in etlichen Bereichen könnte man einiges streichen. Ansonsten liegt mir das Thema kalte Progression am Herzen. Da geht es weniger um die Unternehmen selbst, sondern mehr um deren Mitarbeiter, die sich die Augen reiben, wenn sie sich ihre Lohnabrechnung anschauen. Da erschließt sich mir nicht, warum sich der Steuertarif im Rahmen der Inflationsentwicklung nicht automatisch entsprechend verschiebt. Da besteht dringender Bedarf.

Das Interview führte Sebastian Fleischmann